

„Auf eine Tasse Tee“

Gibt es den Euro in zwei Jahren noch?

Vor ein oder zwei Jahren hätte ich diese Frage mit „ja, selbstverständlich“ beantwortet und im Stillen gedacht, dass das eine eigenartige Frage ist. Aber heute lässt sich das nicht mehr so sicher sagen.

Wieso diese Skepsis?

Ich habe gerade in der Wochenendausgabe einer großen deutschen Zeitung Beiträge unter dem Titel „Wege aus der Euro-Krise“ gelesen. Die Autoren waren mit Bedacht ausgesucht: Die Präsidentin des Internationalen Währungsfonds, der Chef der weltgrößten Firma, die mit Staatsanleihen handelt, der Chef der Deutschen Bundesbank, zwei bekannte Ökonomie-Professoren, der künftige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank und der Präsident der Weltbank. Bei allen Unterschieden im Detail wurden zwei Strategien deutlich. Die einen sind dafür, Griechenland und anderen wirtschaftlich schwächeren Euro-Staaten einen rigorosen Sparkurs aufzuerlegen, ihnen aber gleichzeitig bei der Bezahlung ihrer Schulden zu helfen. Die andern wollen das nicht; notfalls sollen die weniger Leistungsfähigen die Euro-Zone verlassen. Beide Wege seien aber mit vielen Unsicherheiten behaftet und könnten für alle Beteiligten erhebliche Probleme mit sich bringen.

Und was folgt daraus konkret?

Da sagen die hohen Autoritäten kaum etwas. Bei einem wird immerhin mitgeteilt, die Einführung des Euro habe den Binnenhandel beflügelt; er sei von 12 auf 15,3 Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung gestiegen. Auf diesen Vorteil würde man verzichten, wenn es die gemeinsame Währung nicht mehr geben würde. Bei einem andern bekommt man zu lesen, ohne eine Halbierung der Staatsschulden Griechenlands könne die Krise nicht bewältigt werden. Dabei sei jedoch mit „Kollateralschäden“ zu rechnen.

Was ist damit gemeint?

Den Begriff kennt man aus dem Kriegsrecht, und er besagt, dass z. B. bei Bombenangriffen auch Zivilisten zu Schaden kommen. Hier geht es darum, dass es für viele Banken gerade auch in den „starken“ Ländern eine Katastrophe bedeuten würde, wenn die griechischen Anleihen plötzlich nur noch die Hälfte (oder gar nichts mehr) wert wären. Sie müssten in ihren Bilanzen enorme Summen abschreiben, und das würden sie nicht überleben. Wenn auch nur eine größere Bank zusammenbrechen würde, hätte das ähnliche Folgen wie die Pleite von Lehman Brothers 2008. Wenn es mehrere träfe, wäre das ganze Bankensystem am Ende. Die Unternehmen der Realwirtschaft könnten nicht mehr investieren, weil man dies in Europa fast immer auf der Grundlage von Krediten tut. Geschädigt wären also völlig Unbeteiligte; insoweit ist der Begriff „Kollateralschaden“ berechtigt, auch wenn er natürlich seinem Wortsinn nach die Dinge verniedlicht. Was mich bei der Lektüre besonders betroffen gemacht hat: Man sieht die Probleme, aber man denkt die möglichen Lösungen nicht zu Ende. Früher hätte man auf der Linken gesagt: „Spätkapitalismus ohne Perspektive“, die großen Gurus haben keine Botschaft mehr. Ich kann dieser Formel auch heute noch einiges abgewinnen. Wie will man z. B. erreichen, dass die griechische Wirtschaft konkurrenzfähig wird, wenn der griechische Staat seine Ausgaben um zehn oder zwanzig Prozent reduzieren muss? Der wichtigste Nachfrager fällt weg, die Steuern werden erhöht: Wer soll da investieren und neue Werte schaffen?

Was wird weiter passieren?

Das müssten Sie eigentlich einen Ökonomen fragen; ich bin nur ein Jurist und habe mich mit anderen Dingen befasst. Aber ich will Ihrer Frage nicht ausweichen. Nach meiner Einschätzung wird man Griechenland und andere wirtschaftliche schwache Euro-Staaten zunächst weiter unterstützen. Nicht aus Solidarität oder christlicher Nächstenliebe, auch wenn viel von „Hilfe“ die Rede ist, sondern weil man den Zusammenbruch des Bankensystems fürchtet. Der Sparkurs, den man diesen Ländern auferlegt, wird die Dinge aber weiter verschlimmern. Vernünftiger wäre, stattdessen große Investitionsprogramme aufzulegen, gewissermaßen einen neuen „Marshall-Plan“, mit dessen Hilfe einstens Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auf die Beine kam. Aber werden sich die politischen Instanzen innerhalb der EU auf ein solches Konzept verständigen? Es würde natürlich den technologisch am weitesten fortgeschrittenen Ländern neue

Absatzmärkte eröffnen, aber werden das die anderen zulassen? Das glaube ich nicht. Eher wird man – wie es so schön heißt – einen „geordneten Staatsbankrott“ Griechenlands in Kauf nehmen und viele Milliarden ausgeben, um die Verluste der Banken aufzufangen. Wenn man dieses Geld in Griechenland investieren würde, hätte das Land eine glänzende Zukunft.

Was denken eigentlich die Menschen von den europäischen Politikern?

Es gibt kaum noch Leute, die Vertrauen zu den Entscheidungsträgern haben. Leider existiert kein IQ-Test für Politiker, und alles hängt im Grunde davon ab, ob sie gute Berater haben. Gewählt wird bei uns, wer am besten reden kann, und das sind nicht immer die Leute mit den besten Ideen. Man wechselt von Zeit zu Zeit das Führungspersonal aus, wie dies gerade in Dänemark geschehen ist, aber es wird genauso weitergehen wie bisher. Deshalb kam es schon vor einigen Jahren in Frankreich und in jüngerer Zeit in Spanien, in Griechenland und in England zu Unruhen. Aber sie haben letztlich nichts verändert, weil es kein alternatives Konzept gibt. Unsere Demokratie ist ein Schönwettermodell, das funktioniert, wenn alle Dinge irgendwie von selbst laufen. Geht es um schwierige inhaltliche Fragen, rächt es sich, dass man nur Personen wählt, die beim Fernsehpublikum gut ankommen und die eine positive persönliche Ausstrahlung haben.

Wenn Sie viel Geld hätten, was würden Sie heute kaufen?

Wenn ich hundert oder zweihundert Millionen hätte, würde ich wahrscheinlich viel schlechter schlafen als heute. Und noch schlimmer wäre es, wenn ich dieses Geld z. B. für eine Versicherungsgesellschaft oder einen Pensionsfonds anlegen müsste. Ich würde auf keinen Fall Staatsanleihen kaufen, auch keine deutschen; die Schulden der Bundesrepublik betragen mittlerweile 71 % des Bruttoinlandsprodukts. Aus meiner Sicht besteht die reale Gefahr, dass man gefährdete Banken immer weiter und weiter finanziert. Schließlich bleibt den Staaten nichts anderes übrig als viel Geld zu drucken. Wenn die Inflation innerhalb von zwei Jahren insgesamt 70 % erreichen würde, wären die Staatsanleihen nur noch 30 % wert und die Krise der Staatsfinanzen wäre bewältigt. Da man vorher zu keinen vernünftigen Lösungen kommt, wird dies der letzte Ausweg sein. Die Alternative sind Sachwerte – Immobilien, Beteiligungen an Unternehmen. Auch da gibt es enorme Schwankungen, aber langfristig ist man auf der sicheren Seite.

Und wie sieht die politische Perspektive aus?

Man muss endlich aufhören, unser Wirtschaftssystem als das allein denkbare zu betrachten. Wir müssen uns in der Welt umsehen. In China gibt es gute Erfahrungen, aber auch in Lateinamerika ist eine Bewegung weg von den alten Denkgewohnheiten im Gange. Und das früher so viel gepriesene Vorbild USA hat an Attraktivität verloren – um mich höchst diplomatisch auszudrücken. Also müssen wir zu neuen Ufern aufbrechen.